

Beantwortung der Wahlprüfsteine von anyway

## **1. Unbeschwertes Heranwachsen**

### **1.1. Lebenssituation von LSBT\*Q-Jugendlichen verbessern**

Wir halten es für sehr wichtig, die Akzeptanz von LSBT\*Q-Menschen in unserer Gesellschaft zu erhöhen und entsprechende Projekte zu unterstützen. Dabei ist frühzeitige Aufklärung notwendig. Deswegen wollen wir Projekte unterstützen, die in der Schule ansetzen wie Schlaue, aber auch Heroes. Mehr dazu unter 2.

Außerdem brauchen Jugendliche einen geschützten Ort, an dem sie sich nicht erklären oder verbiegen müssen. Das anyway ist ein solcher Ort, der unbedingt erhalten und evtl. erweitert werden muss.

### **1.2. Instrumente zur Erfassung der Lebenssituation**

Ob Menschen zur Gruppe der LSBT\*Q gehören oder nicht, taucht in den Standard-Datensätzen nicht auf, die statistische Ämter für ihre Analysen verwenden. Deswegen wird es ohne Befragungen nicht funktionieren, etwas über die Lage von LSBT\*Q-Jugendliche herauszufinden.

Die 2019 von ihnen durchgeführte Befragung liefert aufschlussreiche (und erschreckende) Ergebnisse. Das ist ein gutes Instrument, um in regelmäßigen Abständen durchgeführt, gesellschaftliche Veränderungen anzuzeigen. So könnte bei einer Verschlechterung auch schnell und gezielt Maßnahmen ergriffen werden. Wenn die Landesfinanzierung ausfällt, würde die LINKE auch eine kommunale Finanzierung befürworten, in Abständen von vielleicht 3-4 Jahren.

Alternativ dazu, wenn auch nicht so aussagekräftig, kann man Träger, z. B. von Beratungsstellen, befragen. Das würde sich für die Zeitspanne zwischen zwei Jugendbefragungen anbieten, kann diese aber nicht ersetzen.

### **1.3. Bedarfe und Interessen berücksichtigen**

Eine grundlegende Vertretung der Interessen von LSBT\*Q-Kindern und Jugendlichen scheint uns über den Sitz der Stadt AG LSTBI im Jugendhilfeausschuss gegeben. Die Stellvertretung für diesen Sitz hat das anyway inne. Auf Ebene der Verwaltung gibt es die Stabsstelle Diversity, die bei Beschlüssen, die (auch) LSBT\*Q-Kinder und Jugendliche betreffen involviert sein müsste.

Sollte es hier aber Defizite und Forderungen nach weiterer Repräsentanz geben, ist DIE LINKE offen für Vorschläge.

## **2. Diskriminierung vorbeugen**

### **2.1. Akzeptierendes Umfeld in pädagogisch arbeitenden Einrichtungen**

Die Menschen in pädagogisch arbeitenden Einrichtungen sollten Fortbildungen besuchen müssen, um sich selbst mit dem Thema auseinanderzusetzen und um zu lernen, wie ein akzeptierendes Umfeld geschaffen werden kann oder wie mit Diskriminierungen umgegangen werden muss. Für Schulen und OGTsses gibt es diese Fortbildungen, die Pädagogen bekommen aber keine Freistellung für ihre Teilnahme. Das muss sich ändern!

Bei Jugendeinrichtungen und Sportvereinen sollte die Weiterbildung der Mitarbeiter von der Stadt abgefragt werden. Wir werden uns in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Fortbildung in Antidiskriminierungsarbeit den Einrichtungen von der Stadt als ein finanzieller Förderer empfohlen wird.

## **2.2. Aufklärungsprojekte wie WiR und Schlau**

DIE LINKE hat großen Respekt vor den Ehrenamtlichen, die solche workshops durchführen und hält sie für sehr wirkungsvoll. Doch die Schulen bzw. Lehrer\*innen entscheiden selbst, ob sie das Angebot von Trägern wie Schlau annehmen und einen entsprechende workshop für ihre Klassen durchführen. Deswegen können wir Kommunalpolitiker das nicht verbindlich beschließen – auch wenn das wünschenswert wäre.

Wir möchten aber dafür sorgen, dass ausreichend Gelder vorhanden sind, um die Nachfrage nach diesen workshops zu befriedigen.

## **2.3. Schulen der Vielfalt**

Für die Kommunalpolitik ist es schwierig, auf Schulen einzuwirken. Die Stadt Köln hat lediglich die Aufgabe, für ausreichende und funktionierende Schulgebäude zu sorgen. In allen inhaltlichen Fragen gibt es Vorgaben der Bezirksregierung (das ist ein Organ des Landes NRW) oder die Schulen können frei entscheiden – so auch bei der Frage, ob sie „Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“ werden, oder eben nicht. Oft liegt das daran, ob es eine/n engagierte/n Lehrer\*in dort gibt, die das organisiert.

## **2.4. Hauptamtliche Fachberatung für Multiplikator\*innen**

Eine Fachberatung für Multiplikator\*innen ist eine gute Idee. Wir gehen davon aus, dass der Bedarf da ist, und dieses Beratungsangebot ein Bewusstsein dafür schafft, dass es LSBT\*Q-Jugendliche in der eigenen Einrichtung gibt, dessen Zugehörigkeit man bisher übersehen hatte. DIE LINKE würde so eine Stelle befürworten.

Bei der Einrichtung müssen wir darauf achten, dass es kein Projekt wird: Sonst ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass es nach zwei bis drei Jahren ausläuft und nicht verlängert wird.

## **2.5. Reform der Lehrpläne**

Auch hier sind die direkten politischen Möglichkeiten von Kommunalpolitiker\*innen begrenzt. Wir können lediglich eine Resolution an die Landesregierung richten. Wenn Sie tätig werden, und alle demokratischen Fraktionen darum bitten, hier aktiv mit einer Ratsresolution aktiv zu werden, hätte so ein Projekt Chancen. DIE LINKE würde sich dem gerne anschließen.

Ansonsten engagieren wir uns darin, das gesellschaftliche Bewusstsein zu ändern. Wir leisten Widerstand gegen den Backlash, Menschen, die das Rad der Aufklärung zurückdrehen wollen. Das tun wir z.B. bei Gegendemonstration gegen Aktionen der sog. Lebensschützer oder den „Bewahrern der Familie“.

## **2.6. Aufklärung in städtische Ausbildungen aufnehmen**

Die Stadt Köln hat ein breites Fortbildungsprogramm, das unterschiedlich intensiv wahrgenommen wird. DIE LINKE hat sich in der Vergangenheit dafür eingesetzt, Fortbildung

zu gesellschaftspolitisch relevanten Entwicklungen für Verwaltungsstellen mit Kundenkontakt verpflichtend zu machen. Wir haben allerdings keine Mehrheit dafür im Rat gefunden. Wir bleiben am Thema dran.

### **3. Unterstützungsangebote ausbauen**

#### **3.1./ 3.2. Ausbau der offenen Jugendarbeit für LSBT\*Q und Sozialraumorientierung**

Die Jugendarbeit für LSBT\*Q-Jugendliche sollte bedarfsgerecht ausgebaut werden. Normalerweise halten wir es für sinnvoll, im Rechtsrheinischen dieselben Angebote vorzuhalten wie im Linksrheinischen. Hier sind wir uns nicht sicher, ob ein zweites rechtsrheinisches Jugendzentrum Sinn macht, oder ob sich die Nutzer\*innen nicht lieber entfernt vom Wohnort, in einem anonymen Setting wie der Innenstadt treffen. Da würden wir gerne Expert\*innenberatung in Anspruch nehmen.

Zusätzlich zu einem spezialisierten Angebot für LSBT\*Q-Jugendliche ist es wünschenswert, alle Jugendeinrichtungen zu einem sicheren Ort für alle Gruppen zu machen. Deswegen ist eine Öffnung und Sensibilisierung bestehender Einrichtungen (im Sinne der Antwort auf 2.1) ebenfalls in Angriff zu nehmen und wichtig für ein funktionierendes Angebot.

#### **3.3. Jugendamtsmitarbeiter/in für LSBT\*Q-Themen**

Wir haben noch keine abschließende Meinung darüber, ob die Stelle, die Einrichtungen beraten soll, bei der Stadtverwaltung gut aufgehoben ist, oder ob sie lieber bei einem unabhängigen Träger angesiedelt sein sollte. Eine Beratungsstelle für Multiplikatoren – wie unter 2.4. beschrieben – finden wir sinnvoll.

Ebenfalls im Meinungsbildungsprozess sind wir bei der Frage, ob das Jugendamt eine (Teilzeit-)Stelle zur internen Kommunikation des Themas haben sollte, ob es nicht klüger wäre, die Zusammenarbeit mit der Diversity-Dienststelle zu intensivieren und bei bestimmten Fragen zur Routine zu machen.

#### **3.4. Erziehungsberatung nach §28 SGB VIII und Familienhilfe**

DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen, die dem Kindeswohl dienen. Dazu gehören vom Jugendamt (zwangsweise) angeordnete Maßnahmen wie die eine sozialpädagogische Familienhilfe, die den Alltag in der Familie unterstützt und dort nach dem Rechten schaut als auch freiwillige Angebote wie die Erziehungsberatung. Wenn das Jugendamt Maßnahmen für nötig erachtet und anordnet, muss die Stadt diese als Pflichtaufgabe zahlen. Bei freiwilligen Leistungen als unterstützende Hilfen für Familien hat die Stadt einen Spielraum.

Die Informationen, wo sich von körperlicher oder psychischer Gewalt betroffene Jugendliche Hilfe holen können, müssen sichtbar werden. DIE LINKE kann sich gut vorstellen, dazu eine Informationskampagne, z. B. in der KVB, zu unterstützen.

#### **3.5. Obdachlosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen**

In Köln ist es ein großes Problem, dass es keine Notunterkünfte allein für Menschen bis 25 Jahren gibt. Die allgemeinen Notunterkünfte meiden diese jungen Obdachlosen. Couchsurfing und das Eingehen von prekären, teilweise gewaltgeprägten Beziehungen sind die Folge für diese jungen Menschen. Hier muss dringend ein eigenes Angebot geschaffen

werden. Einrichtungen, Unterkünfte und deren Mitarbeiter\*innen müssen im Umgang mit LSBT\*Q-Jugendlichen und jungen Erwachsenen sensibilisiert werden, um entsprechend auf Homo-, Inter-, Bi- und Transfeindlichkeit reagieren zu können.

#### **4. LSBT\*Q-Jugendliche mit Migrationshintergrund und/oder Behinderung**

##### **4.1. Gezielte Zielgruppenförderung**

Das Bewusstsein dafür, dass es diese Zielgruppen gibt, und dass diese mehrfachen Benachteiligungen unterliegt, die sie von der Gruppe der „nur“ LSBT\*Q-Jugendlichen unterscheidet, ist relativ frisch. Deswegen muss hier viel Pionierarbeit geleistet werden; Projekte und Konzepte entwickelt werden.

Das sollte in den bestehenden Strukturen für LSBT\*Q-Jugendliche passieren, die dazu zusätzliche Gelder benötigen, um etwas für Köln Neues zu entwickeln. Wenn sich solche Gruppen etabliert und herumgesprochen haben, wird der Bedarf, der sicher heute schon da ist, sichtbarer. Anhand der Erfahrungen mit diesen – am Anfang sicher kleinen – Projekten und Gruppen kann man diese Strukturen dann gezielt weiterentwickeln.

##### **4.2. Strukturelle Diskriminierung von trans-, inter- und nicht-binären Jugendlichen**

Zum Glück bildet sich gerade ein Bewusstsein für strukturelle Diskriminierung dieser Gruppen. Gleichzeitig gibt es eine Gegenbewegung von rechts. Unser Eindruck ist aber, dass man diesem Thema in der Stadtverwaltung, Bildungs- und anderen öffentlichen Einrichtungen eher aufgeschlossen und positiv gegen übersteht.

Viele der Verantwortlichen wollen den Alltag deshalb besser gestalten. Es scheitert aber oft am Aufwand, z. B. für die Bereitstellung geschlechtsneutraler Toiletten, wieso dann doch vor Veränderungen zurückgeschreckt wird. Über einen Beschluss des Stadtrates werden sich die Strukturen nicht auf die Schnelle ändern lassen. Hier brauchen wir Durchhaltevermögen.

Es wäre strategisch nicht verkehrt, wenn die Kölner LSBT\*Q-Szene sich zunächst ein Thema vornimmt, das bevorzugt bearbeitet wird, z. B. die Formulierungen in Formularen. Die Aktivist\*innen könnten zusammen mit der Politik dann immer wieder die Änderung von bestimmten Formularen verlangen, Verzögerungen dabei anprangern, Erfolge feiern und so das Thema am Laufen halten und es dadurch immer selbstverständlicher machen.

##### **4.3. LSBT\*Q-Jugendliche mit Migrationshintergrund**

Um den betroffenen Kindern und Jugendlichen zu helfen, müssen zwei Ansätze verfolgt werden. Die Betroffenen brauchen Unterstützung, um außerhalb ihrer Familie und communities ein Leben nach ihren Vorstellungen leben zu können. Sie brauchen Zugang zu einer eigenen Wohnung, einer Ausbildung, finanzieller Unterstützung, solange sie nicht auf eigenen Füßen stehen können, Kontakt zu ähnlich Betroffenen und für eine Übergangszeit evtl. Unterstützung bei der Alltagsbewältigung.

Zunächst müssen diese kurzfristigen, ganz praktischen Bedürfnisse erfüllt werden. Langfristig müssen wir versuchen, diese Familien und communities hin zur Akzeptanz zu verändern. Sie müssen ihre patriarchalen Rollenvorstellung und Heterosexualität als absolut zu erfüllende Norm überwinden.

Das braucht Aufklärung und die möglichst frühe Konfrontation der Familienmitglieder mit anderen Rollenvorbildern, am besten in der Schule. Wenn das aber Vertreter\*innen der Mehrheitsgesellschaft sind, die deutsch und weiß gelesen werden, ist das meistens eher kontraproduktiv. Oft wird das als eine weitere Form der Abwertung der eigenen Herkunftskultur gesehen. Deshalb brauchen wir viele Projekte, die von Angehörigen der eigenen community getragen werden. Doch die zu finden ist sehr schwer, weil ein Outing oft den Ausschluss aus dieser Community nach sich zieht, wie auch in der Frage vermerkt.

Die Stadt unterstützt ein Projekt namens „Heroes“, in dem junge Migranten aus sog. „Ehrenkulturen“ in Schulworkshops gegen Zwangsehen agitieren und für eine Gleichberechtigung der Geschlechter werben. Dieses Projekt arbeitet auch gegen die Abschaffung patriarchaler Vorstellungen. Wünschenswert wäre aber ein ähnliches Projekt mit jungen Migrant\*innen aus der LSBT\*Q-community, das Schüler\*innen vor Augen führt, dass es sexuelle Vielfalt in allen Ländern und Kulturen gleichermaßen gibt und deren Aktivist\*innen als Vorbilder für Betroffene dienen.

Wenn sich hier eine Initiative bilden würde, die so ein Projekt durchführen kann, würde DIE LINKE sich für die Finanzierung stark machen.

#### **4.4. LSBT\*Q-Jugendliche mit Behinderung**

In Köln wurde bis letztes Jahr das Projekt „Chillen inklusive“ unterstützt, das dafür gearbeitet hat, die offene Kinder- und Jugendarbeit in Köln für Jugendliche mit Behinderung zu öffnen. Wie bei vielen Projekten lief die Finanzierung aus und wurde nicht verlängert. Ein Schwerpunkt der Arbeit war es, Jugendzentren zu dieser Öffnung zu beraten.

Verbände von behinderten Menschen und ihrer Angehörigen und auch DIE LINKE hält diese Arbeit für nach wie vor wichtig, und wir würden sie auch gerne weiterfinanzieren. Das wäre auch ein Möglichkeit für das anyway, sowohl spezielle Angebote zu entwickeln, als auch den Regelbetrieb für Jugendliche mit Behinderung zu öffnen.

Wenn es darüber hinaus einen Bedarf an Kinder- und Jugendarbeit nur für Menschen mit Behinderung aus der LSBT\*Q-community gibt, wären wir dafür offen. Ein solcher Bedarf wurde uns gegenüber von den Behindertenverbänden noch nicht genannt. Das muss aber nicht heißen, dass es ihn nicht gibt.

#### **4.5. Weitere Missstände**

Die größte Sorge macht uns momentan die Gefahr von rechts und rechtskonservativer Seite. Es gab und gibt immer wieder den Versuch, Einfluss auf Lehrpläne zu nehmen. Sexualkunde soll aus den Schulen verschwinden oder durch eine heteronormative, biologistische Variante, wie sie in den 50er Jahren in Deutschland gang und gäbe war, ersetzt werden. Dafür gibt es Befürworter bis weit in konservative Kreise hinein.

Dieselben Gruppen machen auch Front gegen Geschlechtsoperationen, die Menschen aus eigener Entscheidung machen lassen möchten, und vergleichen diese Operationen mit weiblicher Genitalverstümmelung.

Gegen diese Bestrebungen, geänderte gesellschaftliche Werte und Errungenschaften wieder zurückzudrehen, hilft nur, dagegenzuhalten, lauten Widerspruch einzulegen, aufzuklären und

die LSBT\*Q-Community immer stärker sichtbar zu machen. Je vertrauter und „normaler“ Diversität wird, desto weniger wird sie in Frage gestellt. Dazu leisten sie einen wichtigen und mutigen Beitrag. Danke dafür!